



Baden-Württemberg

STAATSMINISTERIUM
PRESSESTELLE DER LANDESREGIERUNG

PRESSEMITTEILUNG

Nr. 378/2005

13. Dezember 2005

Islamischer Religionsunterricht startet an zwölf Grundschulen

Ministerpräsident Günther H. Oettinger und Kultusminister Helmut Rau: „Muslimischen Kindern soll Glaubensorientierung im Rahmen der freiheitlichen und demokratischen Werteordnung geboten werden“

Im Januar beginnen Qualifizierungsmaßnahmen für Lehrkräfte

Mit Beginn des Schuljahres 2006/2007 wird an zwölf Grundschulen versuchsweise islamischer Religionsunterricht ab den Klassen 1 und 2 eingerichtet. Das beschloss der Ministerrat heute (13. Dezember) in Stuttgart. Der Modellversuch soll sich über vier Jahre erstrecken. "Das ist ein gutes Signal für die muslimischen Eltern im Land. Ihren Kindern soll damit Glaubensorientierung im Rahmen der freiheitlichen und demokratischen Werteordnung geboten werden. Die islamische Glaubensvermittlung an öffentlichen Schulen soll dazu dienen, die Schülerinnen und Schüler ihren kulturell-religiösen Wurzeln nicht zu entfremden und soll andererseits dem Entstehen von Parallelgesellschaften entgegenwirken", erklärten Ministerpräsident Günther H. Oettinger und Kultusminister Helmut Rau nach der Sitzung des Ministerrats. "Nach jahrelanger gewissenhafter Vorbereitung, zu der auch die sorgfältige Erarbeitung der Lehrpläne gehörte, können wir nun diesen Weg gehen, der von allen Beteiligten akzeptiert wird", verdeutlichte Kultusminister Rau.

Am 15. März diesen Jahres hatte der Ministerrat bereits grundsätzlich dem Modellversuch an bis zu zwölf Standorten zugestimmt und das Kultusministerium beauftragt, geeignete Standorte zu suchen. Kriterien waren dabei eine entsprechende Anzahl muslimischer Kinder, ausreichendes Elterninteresse, verfügbare

und geeignete Lehrkräfte, ein geeignetes pädagogisches Profil, Unterstützung durch Schulleitung, Gesamtlehrerkonferenz und Gesamtelternbeirat sowie die Befürwortung durch die Schulträger. Dazu waren noch religionsverfassungsrechtliche Aspekte zu beachten. Demnach muss für den Schulversuch zumindest ein schulnaher Elternverband gegeben sein, dem Eltern als Vertreter ihrer Kinder als unmittelbare Mitglieder angehören.

Die Eltern sind in einzelnen Regionen von Kultusministerium und Schulverwaltung über die Modellversuche informiert worden. Aufgrund des regen Elterninteresses sind im ersten Jahr des Versuchs nun bereits zwei Religionsunterrichtsgruppen (Klassen 1 und 2) vorgesehen. Anregungen für Standorte kamen unter anderem auch von kommunalen Schulträgern und von Elternseite.

Qualifizierungsmaßnahmen für Lehrkräfte

Als nächster Schritt finden von Januar bis Juni 2006 die Qualifizierungsmaßnahmen für die Lehrkräfte statt, die sich für einen islamischen Religionsunterricht bereit erklärt haben. Die Konzeption dazu wurde auf Bitten des Kultusministeriums von Professor Peter Müller (PH Karlsruhe) im Einvernehmen mit Professor Karl Schneider (PH Ludwigsburg) erarbeitet. Dazu soll ein Expertenkreis mitwirken. Diesem gehören unter anderem namhafte Religionswissenschaftler, Pädagogen und Juristen mit mehrheitlich islamischem Hintergrund an.

Am Modellversuch beteiligte Schulen

An folgenden Schulen wird der islamische Religionsunterricht sunnitischer Prägung voraussichtlich als Modellversuch eingeführt:

Regierungsbezirk Stuttgart: Rosenstein Schule Stuttgart und Schwabschule Stuttgart (eventuell alternativ), Goldbergschule Sindelfingen, Hinterweilschule Sindelfingen, Dammgrundschule Heilbronn, Grundschule Rollhof Schwäbisch Hall.

Regierungsbezirk Freiburg: Adolf-Reichwein-Schule Freiburg, Georg-Monsch-Schule Offenburg.

Regierungsbezirk Karlsruhe: Humboldt-Grundschule Mannheim, Neckar-Grundschule Mannheim.

An folgenden Schulen wird der islamische Religionsunterricht alevitischer Prägung voraussichtlich eingeführt:

Regierungsbezirk Freiburg: Gartenschule VS-Schwenningen.

Regierungsbezirk Karlsruhe: Kerschensteiner Grundschule Mannheim.